

30.10.2013

Mein Schwerpunktthema: Umstrukturierung des“Einzugsgebiets“ von Katja Keul nach der Bundestagswahl

Welche Veränderungen ergeben sich für die Grünen-Politikerin und Bundestagsabgeordnete Katja Keul aufgrund eines für ihre Partei enttäuschenden Abschneidens bei der Bundestagswahl vom 22. September?

Um dieses Thema besser nachvollziehen zu können, sollte man sich zunächst die Struktur von Bündnis 90/ Die Grünen in Deutschland näher anschauen: Neben der Bundesebene gibt es die Landesverbände, also den Zusammenschluss der Partei auf Landesebene. Außerdem gibt es noch die Kreis- und Ortsverbände, also den Zusammenschluss der Grünen auf Kreis- und Ortsebene. In dieser Struktur ähneln sich die demokratischen Parteien in Deutschland.

Bei den Grünen werden die Landkreise der einzelnen Bundesländer unter den Bundestagsabgeordneten aufgeteilt, die aus den jeweiligen Bundesländern stammen. In den Bundestag zieht ein/e Politiker/in einer Partei ein, indem er oder sie die meisten Stimmen in ihrem Wahlkreis bekommt. Das nennt man dann ein Direktmandat.

Wenn es, wie es zum Beispiel bei den Grünen der Fall ist, nur ein einziges Direktmandat in ganz Deutschland gibt, ziehen weitere Politiker aus den Bundesländern durch so genannte Landeslisten in den Bundestag ein. Die Landeslisten werden parteiintern auf einem Landesparteitag erstellt. Der Gedanke dahinter ist, dass eine Partei trotz nicht vorhandener Direktmandate so viele Abgeordnete in den Bundestag bekommt, wie sie Stimmen erhalten hat. Bekämen beispielsweise die Grünen bei einer Bundestagswahl 10% der Stimmen, würden auch 10% der Bundestagsabgeordneten von den Grünen stammen.

Für die Grünen ist die Bundestagswahl ja wider Erwarten enttäuschend ausgefallen - man hatte sich deutlich mehr als 8,4% der Stimmen erhofft. Von den 16 Landeslisten wurden weniger Kandidaten in den Bundestag gewählt, als vorher angenommen. Vor der Bundestagswahl am 22. September 2013 gab es sieben Abgeordnete von Bündnis 90/ Die Grünen, die von der niedersächsischen Landesliste kamen. Nach der Bundestagswahl blieben durch das enttäuschende Wahlergebnis von den sieben Sitzen nur noch sechs übrig.

Da Katja Keul vor der Bundestagswahl auf Listenplatz eins in Niedersachsen gewählt wurde, ist sie natürlich trotz des Wahlausgangs sicher in den Deutschen Bundestag eingezogen. Dennoch hat das Wahlergebnis spürbare Folgen für jeden Bundestagsabgeordneten der Grünen, darunter auch Frau Keul.

Denn, wie eben schon erwähnt, gab es vor der Bundestagswahl sieben Abgeordnete aus Niedersachsen, die die Landkreise unter sich aufteilen mussten. Nach der Bundestagswahl müssen nur noch sechs Abgeordnete dasselbe Gebiet abdecken, davon vier aus dem Osten Niedersachsens und zwei aus der Mitte Niedersachsens. Der Westen Niedersachsens stellt also keinen Abgeordneten, sodass die sechs Abgeordneten sich den Westen Niedersachsens aufteilen müssen. Folglich bekommt jeder Abgeordnete ein neues und vermutlich auch ein größeres Einzugsgebiet.

Dementsprechend muss jeder Bundestagsabgeordnete Kontakt zu „seinen“ neuen Kreis – und Ortsverbänden aufnehmen und sich auf regionaler Ebene vermutlich auch andere Themenschwerpunkte als vor der Bundestagswahl setzen. Daraus resultiert eine Neuorientierung, die wahrscheinlich vor allem in den ersten Monaten viel Zeit in Anspruch nimmt. Das ist für eine Abgeordnete mit Familie wie Frau Keul sicherlich mit größerem Stress und (noch) weniger Zeit verbunden, als normalerweise. Außerdem könnten durch politische Treffen oder Tagungen in den neuen Kreisverbänden eine Fülle an Terminen anfallen, denn neben den kommunalen politischen Veranstaltungen ist jeder Abgeordnete natürlich hauptsächlich in Berlin tätig.

Auch für Katja Keul hat sich durch die Bundestagswahl ein neuer Zuständigkeitsbereich ergeben, ihr Gebiet verlagerte sich vom Norden und der Mitte Niedersachsens (Landkreis Cuxhaven, Osterholz, Verden, Nienburg, Schaumburg, Diepholz) in die Mitte und den Süd-Westen Niedersachsens (Landkreis Verden, Nienburg, Schaumburg, Diepholz, Vechta, Osnabrück, Osnabrück-Stadt).

Während sie vor der Bundestagswahl 2013, als sie für den Norden und die Mitte Niedersachsens zuständig war, Themen wie die Elbvertiefung, das Wattenmeer an sich und in Bezug auf mögliche Ölbohrungen, die Vertiefung der Unter-Weser und die Arbeitsplatzverluste in der Fischindustrie behandelte oder versuchte zu bekämpfen, muss sie sich jetzt sicherlich, da sie für den so genannten „Gülegürtel“, (also die Region Vechta-Lohne), verantwortlich ist, zusammen mit ihren Mitarbeitern und ihren Fraktionskollegen intensiv mit Themen wie der Bekämpfung der Massentierhaltung, den niedrigen Gehältern und den Lebensumständen der Arbeiter in der Agrarindustrie, dem Umweltschutz und der Landwirtschaftsbranche bzw. der Landwirtschaftslobby auseinandersetzen. Das wird sicherlich nicht ganz einfach, denn zum einen sind die Grünen im Landkreis Vechta nicht gerade populär, zum anderen ist die Agrarindustrie und die dahinterstehende Lobby zweifelsohne ein mächtiger Widersacher.

Natürlich hatte sich Frau Keul als Grüne Politikerin auch schon vorher mit der Agrarindustrie befasst und zum Beispiel u.a. mehr Transparenz für den Verbraucher gefordert, doch nun muss sie dieses Thema voraussichtlich noch stärker in Betracht ziehen als vorher.

